Stadt Luzern
Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
www.stadtrat.stadtluzern.ch

T 041 208 82 11
stadtrat@stadtluzern.ch

Antwort auf die Interpellation 190

Antisemitismus in Luzern – Rassismus umfassend bekämpfen

Lukas Blaser, Anna-Sophia Spieler und Mark Buchecker namens der FDP-Fraktion vom 7. April 2026
StB 758 vom 23. September 2026

Mediensperrfrist: 9. November 2026, 11.00 Uhr

Ausgangslage
Die Interpellanten und die Interpellantin gehen auf das Problem des Antisemitismus in der Schweiz ein und verweisen dabei auf den Antisemitismusbericht 2025 des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) und der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA). Die Unterzeichneten bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen im Zusammenhang mit Antisemitismus in der Stadt Luzern und der städtischen Kampagne anlässlich des Tages gegen Rassismus.

Zu den einzelnen Fragen

Zu 1.:
Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Situation im Zusammenhang mit Antisemitismus in der Stadt Luzern?

Die Stadt Luzern ist laufend mit den jüdischen Gemeinden im Austausch und bespricht sich ebenfalls laufend mit der Luzerner Polizei über allfällige antisemitische Vorfälle in der Stadt Luzern. Dem Stadtrat sind derzeit nur wenige antisemitische Vorfälle im öffentlichen Raum bekannt. Dabei handelt es sich meistens um schriftliche Provokationen im Umfeld der Synagoge (z. B. Briefe oder Zettel an der Tür). Im Februar 2025 kam es in der Stadt Luzern zu zwei schwerwiegenden antisemitischen Vorfällen: Ein junger orthodoxer Jude wurde auf dem Weg zur Synagoge tätlich angegriffen. Derselbe Täter beschimpfte zudem am gleichen Abend einen anderen jüdischen Mann auf der Strasse und zeigte mehrmals den Hitlergruss. Diese beiden Vorfälle sind explizit auch im Antisemitismusbericht 2025 des SIG und der GRA ausgewiesen. Weiter kam es im Juli 2025 zu einem Vorfall im Bahnhof Luzern, als ein Mann eine Gruppe jüdischer Studenten bespuckte.
Zusammenfassend wird beobachtet, dass es eine Zunahme von antisemitischen Vorfällen im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt im Nahen Osten gibt.

Zu 2.:
Welche konkreten Massnahmen ergreift die Stadt Luzern, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Konflikte im Nahen Osten, um Rassismus und Antisemitismus vorzubeugen und zu bekämpfen?

Bezüglich Sicherheitsmassnahmen unterstützt die Stadt Luzern in Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern und der Luzerner Polizei das Schutzbedürfnis von Minderheiten. Die Voraussetzungen für entsprechende städtische Finanzhilfen für Sicherheitsmassnahmen der Organisationen sind eng an diejenigen für Finanzhilfen des Kantons und des Bundes geknüpft. In den letzten beiden Jahren haben vor allem jüdische Organisationen diese Unterstützungsleistungen beantragt.

Unabhängig davon hat die Stadt Luzern mit dem Forschungsbericht zum Richard Wagner Museum eine klare Stellungnahme gegen Antisemitismus eingenommen.[1]

Zudem ist die Stadt Luzern seit 2011 Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Die Mitgliedsstädte der Koalition verpflichten sich zur Erarbeitung und Umsetzung eigener Massnahmen im Rahmen des 10-Punkte-Aktionsplans. Bei vielen Punkten kann die Stadt Luzern dabei bei der bewährten Integrationspolitik anknüpfen. Zudem findet jährlich mindestens eine Öffentlichkeitsaktion statt, die verschiedene Themen im Bereich Rassismus und Diskriminierung aufnimmt.
Seit diesem Jahr wurde ausserdem das Meldetool «Luzern schaut hin», das sich gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit richtet, auch für die Erfassung rassistischer Vorfälle erweitert.

Zu 3.:
Wie viele antisemitische Vorfälle wurden in den letzten fünf Jahren in der Stadt Luzern registriert, und wie haben sich diese Zahlen entwickelt?

Die Stadt Luzern führt keine statistischen Erhebungen, weder im Bereich der Religionszugehörigkeit noch im Bereich von damit in Zusammenhang stehenden Vorfällen. Auch in der polizeilichen Kriminalstatistik werden antisemitische Vorfälle nicht gesondert erfasst.

Gemäss Antisemitismusbericht von SIG und GRA 2021–2025 wurden im Kanton Luzern acht Vorfälle registriert. Erfahrungsgemäss werden jedoch längst nicht alle Diskriminierungsvorfälle an eine offizielle Stelle wie Fabia, dem SIG oder mit einer Anzeige bei der Luzerner Polizei gemeldet. Damit sind die Zahlen nur bedingt aussagekräftig.

Für die allgemeine Einordnung der Zahlen ist zu erwähnen, dass gemäss Bundesamt für Statistik der Anteil der jüdischen Glaubensgemeinschaft an der Gesamtbevölkerung seit dem Jahr 2000 unverändert bei 0,2 Prozent geblieben ist.

Zu 4.:
Welche Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen bestehen insbesondere im Bildungsbereich (Schulen, Jugendarbeit), und werden diese angesichts der aktuellen Entwicklung ausgebaut?

Antisemitismus wird im Fach «Lebenskunde – Ethik, Religionen, Gemeinschaft» (ERG) behandelt. Der Lehrplan 21 gibt im dritten Zyklus (1. bis 3. Klasse Sekundarstufe) folgende Kompetenzstufe vor: «Die Schülerinnen und Schüler können an der Geschichte des Judentums in der Schweiz und Europa Erfahrungen religiöser und kultureller Minderheiten exemplarisch aufzeigen (Diaspora, Identität, Toleranz, Emanzipation, Antisemitismus, Schoah/Holocaust, öffentliche Anerkennung, Zionismus)». Die katholische Kirche der Stadt Luzern bietet für die Schulen verschiedene ERG-Module an. Eines davon widmet sich den Weltreligionen, ein anderes den religiösen Festtraditionen. Im Rahmen eines Forschungsprojekts hat die Pädagogische Hochschule Luzern (PHLU) ausserdem eine Umfrage zum Thema Rassismus bei allen Schulen durchgeführt. Die Ergebnisse werden Ende September 2026 erwartet.

Zu 5.:
In welcher Form arbeitet die Stadt Luzern mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Religionsgemeinschaften und der Polizei zusammen, um Betroffene zu schützen und Vorfälle konsequent zu verfolgen?

Die Integrationsförderung der Stadt Luzern ist in regelmässigem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Religionsgemeinschaften sowie mit dem Brückenbauer der Luzerner Polizei. Sie alle sind Teil des Netzwerks Integration, das sich mit verschiedenen Thematiken und aktuellen Herausforderungen im interkulturellen Zusammenleben auseinandersetzt, gemeinsam nach Lösungen sucht und gegebenenfalls Massnahmen erarbeitet. Die Stadt und der Kanton Luzern haben zudem mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen

[1] Medienmitteilung Richard Wagner Stadt Luzern

betreffend die «Institutionalisierte Zusammenarbeit bei antisemitischen Vorfällen». Darin ist festgehalten, dass der SIG über seine Meldestelle antisemitische Vorfälle im Kanton Luzern dokumentieren und bearbeiten und Betroffenen sowie Angehörigen Beratung und Unterstützung bieten soll. Ein weiterer Schwerpunkt der Leistungsvereinbarung liegt in der koordinierten Zusammenarbeit des SIG mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren: Der SIG verpflichtet sich zur Koordination und fachlichem Austausch mit der Luzerner Polizei, der Staatsanwaltschaft, dem kantonalen Bedrohungsmanagement sowie den zuständigen Stellen von Stadt und Kanton Luzern. Zudem vernetzt er sich mit dem Kompetenzzentrum Migration Fabia, der kantonalen Fachstelle für rassistische Diskriminierung, und vertritt die Interessen der jüdischen Gemeinde in kommunalen und kantonalen Gremien. Jährlich erstellt der SIG einen Tätigkeits- und Lagebericht, der antisemitische Vorfälle sowie mögliche Radikalisierungstendenzen mit Bezug zum Kanton Luzern analysiert und den Behörden zur Verfügung stellt. Die Vereinbarung tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.

Zu 6.:
Aus welchem Grund führt die Stadt Luzern in ihrer aktuellen Kampagne nur eine öffentliche Dialogveranstaltung zu antimuslimischem Rassismus durch und legt die Kampagne nicht breiter an?

Grundsätzlich hält der Stadtrat fest, dass er jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung klar verurteilt. Dies gilt in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und für alle Formen von Rassismus. Respekt, Vielfalt und Gleichbehandlung sind zentrale Werte, für die sich die Stadt Luzern konsequent einsetzt.
Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Umso wichtiger ist es, dass alle Akteurinnen und Akteure – Vereine, Verbände, Institutionen und die Öffentlichkeit – gemeinsam Verantwortung übernehmen und entschieden dagegen vorgehen.
Die Stadt Luzern engagiert sich aktiv in der Prävention und Sensibilisierung gegen Rassismus und Diskriminierung. Sie führt regelmässig Kampagnen durch, die auf die Anerkennung der Vielfalt und die Förderung von gegenseitigem Respekt abzielen. Die Kampagne zum Tag gegen Rassismus am 21. März wird jedes Jahr in einer anderen Form umgesetzt. Es gab schon Öffentlichkeitsanlässe für die ganze Bevölkerung, Workshops oder auch spezifische Angebote für eine bestimmte Zielgruppe, wie z. B. die Schule. Aufgrund der vorhandenen Ressourcen findet bisher nur eine Veranstaltung im März statt und nicht eine ganze Veranstaltungswoche, in der Regel mit einer Partnerorganisation und zu einem Fokusthema in den zahlreichen Rassismusthemenfeldern.
Mit der diesjährigen Veranstaltung sollte insbesondere der antimuslimische Rassismus in der Schweiz beleuchtet werden, der aufgrund unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Debatten und Entwicklungen in den letzten Jahren zugenommen hat. Dieses Fokusthema wurde insbesondere im Zusammenhang mit der Ende 2025 veröffentlichten Studie «Antimuslimischer Rassismus in der Schweiz: Grundlagenstudie» der Uni Freiburg i. Ü. ausgewählt, in der von einer grossen Dunkelziffer von antimuslimischen Diskriminierungserfahrungen ausgegangen wird.

Zu 7.:
Inwiefern wird durch die aktuelle Kampagne Rassismus gegen andere Glaubensgemeinschaften vernachlässigt?
Wie in der Antwort auf Frage 6 ausgeführt, wird jedes Jahr ein anderes Fokusthema im Themenkomplex Rassismus näher beleuchtet. Die Stadt Luzern setzt sich grundsätzlich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung ein, dazu gehört explizit auch das Engagement gegen Antisemitismus. Der Stadtrat erachtet die Konzeptionierung des städtischen Beitrags zum Tag gegen Rassismus mit jährlich wechselnden Fokusthemen nicht als vernachlässigend oder ausschliessend gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften. Die Plakatkampagne, die über mehrere Monate läuft, bezieht sich nicht auf das Fokusthema, sondern setzt generell Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung und macht auf das Meldetool «Luzern schaut hin» aufmerksam. Derzeit wird eine Weiterentwicklung der Kampagne zum Tag gegen Rassismus angestrebt. Künftig soll diese länger dauern und breiter aufgestellt sein. Organisationen aus der Zivilgesellschaft werden die Möglichkeit haben, sich mit eigenen Beiträgen an der Kampagne zum Tag gegen Rassismus zu beteiligen und dafür Unterstützung bei der Stadt zu beantragen.